

Entwicklung einer kommunalen Integrationsstrategie der Stadt Ratzeburg

1. Einleitung

Ausgehend von den Leitlinien der Stadt Ratzeburg zur Aufnahme, Unterbringung, Beratung und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden in Ratzeburg, die im Sommer 2015 von der Stadtvertretung der Stadt Ratzeburg einstimmig beschlossen wurden, ist auf Initiative der „Willkommenskultur in Ratzeburg“ zum Jahresbeginn 2016 ein Prozess angestoßen worden, um diese Leitlinien um das wichtige Themenfeld „Integration“ zu ergänzen. Maßgebliche Intention war dabei, den Fokus auf die notwendigen, nächsten Schritte zu legen, die den Flüchtlingen den Weg von der Aufnahme zu einer gelingenden Integration ebnen können. Daraus ergab sich die Fragestellung, was aus kommunaler Sicht getan werden sollte und getan werden kann, um Flüchtlingen ein eigenständiges, attraktives Leben in Ratzeburg zu ermöglichen.

Um diese Überlegungen strukturiert anzustoßen und dabei auch möglichst umfassend jene Akteure einzubinden, die auf kommunaler Ebene zur Integration einen wichtigen Beitrag leisten könnten, wurde am 09.02.2016 eine öffentliche Auftaktveranstaltung im Ratssaal durchgeführt. Es wurde eine Expertise des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. mit dem Titel „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?“ vorgestellt, die 2015 im Auftrag des Beratungsnetzwerkes Hessen erstellt wurde, und gute Ansatzpunkte für mögliche Arbeitsschwerpunkte liefert, die für eine gelingende Integration besonders bedeutsam erscheinen. Die Expertise gibt zudem auch beachtenswerte Hinweise für die mögliche Ausgestaltung von Integrationsangeboten (s. Anhang).

Ausgehend von dieser Expertise wurden in der Folge sechs Thementische in Kleingruppen unter Beteiligung von kommunalen Experten im Zeitraum vom 09.02. – 31.03.2016 bearbeitet:

- Begegnungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe
- Eingliederung in das Bildungssystem
- Eingliederung in Arbeit
- Entwicklung von Netzwerkstrukturen
- Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement
- Partizipation & Eigenverantwortung

Dabei wurde jeweils in einem vergleichbaren Verfahren gearbeitet, dem drei zentrale Fragen zu Grunde lagen:

- 1. Was für Angebote sind vorhanden? (Frage nach Ressourcen und Akteuren)**
- 2. Was ist zu erwarten? (Frage nach zukünftigen Aufgabenstellungen?)**
- 3. Welche Bedarfe ergeben sich daraus? (Frage nach den zu schaffenden Angeboten)**

Lediglich der Thementisch „Partizipation & Eigenverantwortung“ wich von diesem Schema ab und arbeitete diskursiv.

Die Beteiligung an den Thementischen zeichnete sich durch eine hohen Sachverstand der Mitwirkenden aus. Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kirche, Diakonie, Migrationssozialberatung, Jugendarbeit, Jugendhilfe, Kita, Volkshochschule, Vereinswesen, Jobcenter, Arbeitsagentur, Serviceclubs, ehrenamtliche Flüchtlingshilfe sowie interessierte Flüchtlinge nahmen sich Zeit, um die einzelnen Arbeitsschwerpunkte ergebnisorientiert zu erörtern. Dabei wurde als Ziel ausgegeben, zunächst nur bis zur Bedarfsermittlung voranzuschreiten und die Projektentwicklung in einem zweiten Schritt anzustoßen. Entgegen dieser Vorgabe wurde in den Diskussionsprozessen an den Tischen jedoch bereits gute Projektideen zusammengetragen und festgehalten.

Die Arbeit an den Thementischen wurde ergänzt um eine nicht repräsentative Umfrage zu den Lebensperspektiven von Flüchtlingen, die in den Sprachkursen der Volkshochschule mit guter Resonanz und Akzeptanz mehrsprachig durchgeführt wurde.

Ebenfalls parallel zur Arbeit an der kommunalen Integrationsstrategie wurde gemeinsam mit dem Amt Lauenburgische Seen ein Antrag beim Bundesprogramm „Demokratie leben!“ auf Förderung einer sogenannten „Partnerschaft für Demokratie“ (zivilgesellschaftliches Förderinstrument des Bundes) gestellt, aus der heraus mögliche Projektideen, die sich aus einer solchen Integrationsstrategie ergeben, eigenverantwortlich umgesetzt werden können.

Nachfolgend werden die Ergebnisse des Arbeitsprozesses an den Thementischen wie auch die Ergebnisse der Umfrage in einer Übersicht zusammengefasst dargestellt, ergänzt um Hinweise auf bereits entwickelte Projektideen.

2. Ergebnisse aus den Thementischen

Thementisch „Begegnung & gesellschaftliche Teilhabe“

Begegnungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe schaffen!

- *Flüchtlingen von Beginn ihres Aufenthaltes an Möglichkeiten zu eröffnen, am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilzuhaben ist eine notwendige Voraussetzung, damit Integration gelingt. Begegnungen zwischen der ortsansässigen Bevölkerung und Flüchtlingen sind hierfür der erste Schritt. Sie ermöglichen das gegenseitige Kennenlernen, den Abbau von Hemmungen und Vorurteilen und können einen wesentlichen Beitrag für die gegenseitige Anerkennung leisten.*
- *Vereinsstrukturen bieten gerade im ländlichen Raum einen ganz wertvollen Rahmen*

(aus „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?“)

Was für Angebote sind vorhanden?	Was ist zu erwarten?	Welche Bedarfe ergeben sich daraus?
SPORT		
zahlreiche niedrigschwellige Sportangebote (RSV)	steigendes Interesse an Sportangeboten	Öffnung weiterer Vereinen, Schaffung weiterer Sportangebote für Flüchtlinge
Fußball in den Altersgruppen 13 – 18 und ab 18 Jahre (JUZ GLEIS 21 & STELLWERK)	geschlechterspezifische Sportangebote	gezielte Ansprache von Flüchtlingen, feste Ansprechpartner in den Vereinen
interkulturelle Laufgruppe (ehrenamtliche Flüchtlingshilfe)	Fragen zu interkultureller Kompetenz im Bereich des Sports	Vermittlung von interkultureller Kompetenz für Trainer, Betreuer, Vorstand und Geschäftsführung
		Vermittlung von Sprachhelfern für Trainer und Betreuer
		Sportangebote nur für Frauen (z.B. Schwimmen)
GESELLSCHAFT		
Schneiderwerkstatt (JUZ GLEIS 21 & STELLWERK)	Begegnungen im Alltag	weitere Begegnungsräume und –möglichkeiten schaffen IDEE: Sommerfest, Open Dinner, Musikevent
Projekt „Kulturreisen“ (JUZ GLEIS 21 & STELLWERK)	auf Unkenntnis beruhende interkulturelle Konflikte	IDEE: Vermittlung von interkultureller Kompetenz für Bürger und spez. auch für Rettungsdienste
Flüchtlings-Fahrradwerkstatt (ehrenamtliche Flüchtlingshilfe)	Fragen zu interkultureller Kompetenz im Alltag	IDEE: niederschwellige, geschlechterspezifische Themenabende zum Thema „Leben in Deutschland“
Willkommenscafé (ehrenamtliche Flüchtlingshilfe)		
Spielmannzug des RSV (IDEE: Nachwuchssuche)		

Thematisch „Eingliederung in das Bildungssystem“

Eingliederung in das Bildungssystem

Von besonderer Bedeutung ist ferner, dass die Eingliederung in das Bildungssystem erleichtert bzw. unterstützt wird, indem z.B.

- die Einhaltung der Schulpflicht sichergestellt und
- der Besuch von Kindertagesstätten gefördert wird,
- Multiplikator/innen (z.B. Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen von Kindertagesstätten) qualifiziert und für die Lage der Flüchtlinge zu sensibilisiert werden,
- Bildungspatenschaften, Hilfen beim Spracherwerb o.Ä. auch in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren vorgehalten und
- bereits bestehende Bildungsangebote (z.B. von Hochschulen) zugänglich gemacht werden.

(aus „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?“)

Was für Angebote sind vorhanden?	Was ist zu erwarten?	Welche Bedarfe ergeben sich daraus?
KITA		
Projekt „Hippy“ (Ev. Familienbildungsstätte)	steigender Bedarf an Krippen- und KITA-Plätzen	Bedarfsplanung bei KITA; Werbung für KITA-Nutzung
Programm „SPRINT“ (Ev. Familienbildungsstätte)	kulturell begründete Skepsis gegenüber KITA-Nutzung	Vermittlung von interkultureller Kompetenz in KITAs
		Sprachmittler in KITAs
SCHULE		
DAZ-Klassen (primar/ sekundar) (LG und GMS)	motiviert Schüler*innen	Vermittlung von interkultureller Kompetenz in Schule
Bildungs- und Lesepaten (Kinderschutzbund, ehrenamtl. Flüchtlingshilfe)		Fortbildung für ehrenamtl. Sprachpaten
Projekt „Sprachklar“ (JUZ GLEIS 21 & STELLWERK)		Einbindung von Flüchtlingseltern; sprachvermittelte Elternabende
ERWACHSENENBILDUNG		
Sprachkurse der VHS (STAFF; A1; A2/B1)	zusätzlicher Schulungsbedarf für Schulabschlüsse	mehr Sprachkursangebote A2/B1
INTERGATIONSKURSE (VHS; sonst educare Mölln)	motiviert Menschen	
Sprachpartner, Sprachkreise (ehrenamtliche Flüchtlingshilfe)		Fortbildung für ehrenamtl. Sprachpaten
		Aufbau eines Sprachmittlerpool
		Ausweitung von Beratungsangeboten
		IDEE: Aufbau eines Pools von Bildungslotsen (für Eltern)
		IDEE: Entwicklung einer Laufmappe für Flüchtlinge in der alle wesentlichen Stammdaten und Teilnahmebescheinigungen von Sprachkursen, Praktika, ehrenamtl. Tätigkeiten zusammengefasst werden

Thematisch „Eingliederung in Arbeitsmarkt“

Eingliederung in Arbeitsmarkt

Auf struktureller Ebene ist es der Integration demnach zuträglich,

- *schon vor Abschluss des Asylverfahrens berufsbezogene Kompetenzen der zugewanderten Menschen zu ermitteln, zu erhalten und z.B. über Praktika, Berufserprobungskurse und weiterführende Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern,*
- *Unternehmen zu beraten, die Geflüchteten Ausbildungs-, Praktikums- oder Arbeitsplätze vermitteln wollen und*
- *Gelegenheiten zum ehrenamtlichen Engagement und die Vermittlung von „Arbeitsgelegenheiten“ zu schaffen.*

Es besteht in Wissenschaft und Forschung Konsens darüber, dass Erwerbsarbeit u.a. zu sozialen Kontakten, Wertschätzung und Identifikation mit der aufnehmenden Gemeinschaft beitragen kann. Demnach ist langfristig die erfolgreiche Eingliederung in den Arbeitsmarkt ein wesentlicher Grundpfeiler weiterführender Integrationsfortschritte auch in den übrigen Dimensionen (soziale, kulturelle, identifikatorische Integration).

(aus „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?“)

Was für Angebote sind vorhanden?	Was ist zu erwarten?	Welche Bedarfe ergeben sich daraus?
ARBEITSAGENTUR		
vorb. Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt für alle Asylbewerber und Geduldete	Erfassung aller Asylsuchender führt zu mehr Arbeits- und Ausbildungssuchenden	forcierte Anmeldungen; Schulung von Ehrenamt
Neues Landesprogramm BÜFA (Kombimaßnahme aus Sprachförderung und Ausbildung) als Perspektive für junge Flüchtlinge unter 25 Jahre		
Aktivierungs- und Vermittlungsmaßnahmen <ul style="list-style-type: none"> • Praktikumsvermittlung in Betrieben • Eingliederungszuschuss an Betriebe • Einstiegsqualifizierung (Vorbereitung der Ausbildungsfähigkeit) 	mehr Nachfragen	mehr Förderungen von Bewerbungstraining und Zusatzschulungen; mehr berufsbildende Maßnahmen
Portale der Jobbörse auch für Praktikumsplätze		Werbung für die Nutzung der Jobbörse; Vermeidung von Doppelstrategien
JOBCENTER		
anerkannte Asylbewerber und Geduldete ab dem 18. Monat	bis zu 1.000 Neukunden in 2016 kreisweit	Unterstützung bei der Übergabe von Sozialamt zu Jobcenter durch geschulte Ehrenamtliche

Sprachfördermaßnahmen als Schwerpunkt		
abgestimmte Qualifizierungsmaßnahmen (Dauer mind. 2 Jahre)		mehr berufsbildende Maßnahmen; mehr betriebliche Praktikumsplätze
BQG		
Projekt zur Arbeitsmarktintegration; Kombination aus Werkstattpraktikum und Sprachförderung mit 3 Monaten Laufzeit (Iran, Irak, Syrien, Eritrea)	mehr Nachfragen	mehr betriebliche Praktikumsplätze
AGH-Maßnahmen (1 Euro-Job) offen für alle Nationalitäten	mehr Nachfragen	mehr Gemeinnützigkeitsstellen
		Orientierungswissen in der deutschen Berufswelt vermitteln
WILLKOMMENSKULTUR		
Infoveranstaltungen für Arbeitgeber und Flüchtlinge	erhöhter Informationsbedarf	
Unterstützung bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen	mehr Nachfragen	
Sprechstunden bei der VHS		
Bewerbungsunterstützung und Lebenslauftraining	mehr Nachfragen	
Suche von Praktikums- und Ausbildungsplätzen	mehr Nachfragen	
WIRTSCHAFT		
W.I.R. erstellt Liste von praktikumswilligen Betrieben	erhöhter Informationsbedarf	aktive Werbung zur Öffnung von Betrieben für Flüchtlinge
Sprachkompetenzen sehr gefragt		Liste der potentiellen Praktikumsstellen
MIGRATIONSSOZIALBERATUNG		
Vermittlung von Praktikumsplätzen		Dolmetscherpool nutzen
Projekt „Lehrraum“ ab 27 Jahre	mehr Nachfragen	
STADT		
Bereitstellung von Praktikumsplätzen		Abfrage nach Praktikumsplätzen (Unterstützung durch BUFDI)
Werbung für gemeinnützige Tätigkeiten		Konkrete Abfrage für gemeinnützige Tätigkeiten
KREIS		
ggf. Bereitstellung von Praktikumsplätzen		
IHK & HANDSWERKSKAMMER		
Projekt „Land in Sicht“		Externe Expertisen stärker einbinden
Willkommenslotsin der Handwerkskammer (neu)		
IQ Netzwerk für Anerkennung von		

Berufsabschlüssen		
		Netzwerkstrukturen zwischen Jobcenter, Arbeitsagentur, Kommune, Ehrenamt effektiver gestalten (feste Ansprechpartner)
		IDEE: Entwicklung einer Laufmappe für Flüchtlinge in der alle wesentlichen Stammdaten und Teilnahmebescheinigungen von Sprachkursen, Praktika, ehrenamtl. Tätigkeiten zusammengefasst werden

Thementisch „Netzwerkentwicklung“

Entwicklung von Netzwerkstrukturen

Ein wichtiger Baustein ist die Etablierung neuer Kommunikations- und Arbeitskulturen an den Schnittstellen „Kommunale Verwaltung – Bildungsträger – Arbeitsverwaltung – Zivilgesellschaft“.

- In naher Zukunft werden Asylsuchende und Flüchtlinge verstärkt nach einem Zugang auf dem Arbeitsmarkt streben. Damit wird die Rolle von staatlichen Akteuren – u.a. Arbeitsagenturen, Schulen, berufliche Ausbildungszentren – und auch Akteuren aus der Wirtschaft – u.a. Betriebe, Wirtschaftsvereinigungen – für die Integration von Flüchtlingen an Bedeutung zunehmen. Es sollte aus Sicht von Expert*innen daher vorausschauend überlegt werden, in welcher Weise gelingende Konzepte auf die Kooperation mit den neu hinzukommenden Akteuren vor Ort übertragen und wie diese auf eine Kooperation mit der Zivilgesellschaft vorbereitet werden können.*

(aus „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?“)

Was für Akteure sind vorhanden?	Was ist zu erwarten?	Welche Bedarfe ergeben sich daraus?
KITA		
Personal	mittelfristige erhöhte Platzbedarfe durch Familienzusammenführungen	steigender Schulungsbedarf
Trägerkonferenz		
SCHULE		
Schulamt des Kreises (DAZ-Klassen an LG und GMS)	erhöhter Raumbedarf Mehrbelastungen des Personals bei den Schulsekretariaten	mehr Personal in den Schulsekretariaten
BBZ Mölln ab 16 Jahre	Ausbau der Kooperationsbeziehung zu Ehrenamt und Migrationssozialberatung	Elternunterstützung (Elternabende)

VERWALTUNG/ STADT		
Schulamt	Ausbau der Kooperationsbeziehung zum Schulamt des Kreises	
Sozialamt (Flüchtlingsbetreuerin; ggf BUFDI)	Ausbau der Kooperationsbeziehung zum Jobcenter und zu Migrationssozialberatung	
VERWALTUNG/ KREIS		
Ausländerbehörde		
Kreissozialamt		
Koordinierungsstelle „Flucht“	Ausbau der Kooperationsbeziehung zu den ehrenamtl. Initiativen	Standardentwicklung für ehrenamtl. Flüchtlingshilfe; Digitale Netzwerkkarte
„Sozialamtsrunde“ mit Kommunen		
ARBEITSAGENTUR & JOBCENTER		feste Ansprechpartner
MIGRATIONSSOZIALBERATUNG JUGENDMIGRATIONSDIENST	mehr Angebote an den Jugendzentren	
	Ausbau der Kooperationsbeziehung zu Schulen	Elternunterstützung, Elternberatung
		IDEE: halbjähriges Treffen aller Akteure zwecks Austausch; bilaterale, bedarfsbezogene Treffen

Thementisch „Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement“

Förderung von zivilgesellschaftliches Engagement

- *Zivilgesellschaftliches Engagement in der Breite zu unterstützen ist unerlässlich, wenn Integration gelingen soll. Untersuchungen zeigen, dass dieses Engagement insbesondere dazu beiträgt, Flüchtlinge seelisch-emotional zu stärken und somit wesentliche Voraussetzungen für eine insgesamt bessere Integration zu schaffen. Insofern macht es Sinn, möglichst viele Initiativen von Bürger/innen dauerhaft zu fördern.*
- *Das zivilgesellschaftliche Engagement ist somit nicht nur eine aktive Hilfe für die ankommenden Menschen, sondern gleichzeitig ein klares Eintreten für freiheitliche und solidarische Grundwerte.*

Zivilgesellschaftliches Engagement breit zu befördern bedeutet immer auch, koordinierende und unterstützende Strukturen aufzubauen. Diese stellen sicher, dass eine Passung zwischen Angeboten und Bedarfen vor Ort gelingt, dass Überforderungen vermieden und Verantwortlichkeiten aufgeteilt werden, Qualifikation erfolgt, Know-how geteilt wird und die nötigen Informationen dort vorliegen, wo sie benötigt werden. (aus „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?“)

Was für Angebote sind vorhanden?	Was ist zu erwarten?	Welche Bedarfe ergeben sich daraus?
AG Alltagspartner	Endlichkeit von Ehrenamt <ul style="list-style-type: none"> • Ermüdung durch intensiven Einsatz 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung und hauptamtl. Koordination des Ehrenamtes fortführen • Ehrenamt als Bereicherung darstellen • Ehrenamt nicht überfordern • Flüchtlinge für ehrenamtliche Mithilfe gewinnen
medizinische Wegweiser	neue Aufgabenstellungen <ul style="list-style-type: none"> • Integrationslotsen • Normen & Werte erklären und diskutieren • Alltagsverhalten erklären • Mündigkeit der Flüchtlinge respektieren und fördern • mit den Bedarfen der Flüchtlinge wachsen 	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklungen beschreiben • gemeinsam neue Aufgabenfelder definieren • gemeinsam für neue Projekte begeistern • Qualifikationen im Prozess des Mitwachsens initiieren
AG Sprachpartner (ehrenamtl. Kinderbetreuung)	Ehrenamt & Hauptamt <ul style="list-style-type: none"> • Regel und Abläufe weitere hauptamtlichen Strukturen auf dem Weg der Flüchtlinge kennenlernen (z. B. Jobcenter, Arbeitsagentur) 	<ul style="list-style-type: none"> • Qualifikationen vertiefen zusammen mit den hauptamtl. Akteuren • Vernetzungen intensivieren (z.B. mit der hauptamtlichen Flüchtlingsbetreuerin oder mit Angebote der Handwerkskammer)
AG Begegnung (Café, Fahrradwerkstatt)	Ehrenamt in der Kritik „Warum hilfst du denen?“	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützungsangebote wie Argumentationstraining anbieten • Ehrenamt als politische Haltung sichtbar machen
AG Praktikum & Arbeit		
Kleiderkammer Buchholz		
hauptamtl. Koordination der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe		
Beratungsstruktur für Ehrenamt (kollegiale Beratung, Fortbildung)		

Thementisch „Partizipation & Eigenverantwortung“

Eigenverantwortung und Partizipation

- *Es ist von großer Bedeutung, dass das Engagement von Flüchtlingen selbst organisiert wird und als solches von der Verwaltung und Politik gewollt und strukturell gefördert wird.*
- *Die Grundidee einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe und Partizipation von Migrant/innen und Flüchtlingen wird bislang zwar fachpolitisch gefordert, in der Regelpraxis und im alltäglichen Miteinander ist sie indes noch lange nicht etabliert. Aktuell klaffen fachöffentliche Diskurse und die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland auseinander. Benötigt werden daher bewusst partizipativ gestaltete Prozesse der kommunalen Integrationsentwicklung.*
(aus „Wie kann Integration von Flüchtlingen gelingen, damit die Stimmung nicht kippt?“)

Der Thementisch „Partizipation & Eigenverantwortung“ hat abweichend vom Schema der übrigen Thementische seine Arbeitsergebnisse im Rahmen eines Diskussionsprozesses zusammengetragen.

Im Fokus dieser Diskussion standen die Fragen, in welcher Form Flüchtlinge in den städtischen Gremien Gehör finden könnten und wie Prozesse der Selbstorganisation und Selbsthilfe gezielt gefördert werden können.

a) Partizipation

Es wurden anhand von konkreten Beispielen verschiedene Möglichkeiten erörtert, die Partizipation von Flüchtlingen an den kommunalen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Als Beispiele wurden der Integrationsbeirat der Stadt Mölln, der Migrations- und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg und der Migrationsbeirat der Stadt Karlsruhe diskutiert. Diese Gremien sind trotz gleicher Zielrichtung jeweils sehr unterschiedlich ausgerichtet in ihrer Organisationsform, der Zusammensetzung und Mitwirkungsmöglichkeiten.

Integrationsbeirat der Stadt Mölln

Der Integrationsbeirat der Stadt Mölln ist eine Fortführung des ehemaligen Ausländerbeirates, ein städtisches Gremium, das beratende Stellungnahmen und Empfehlungen an die Stadtvertretung und Ausschüsse in Angelegenheiten, welche die ausländischen Einwohner*innen als Gruppe betreffen, angeben kann. Der Integrationsbeirat hat Antragsrecht in der Stadtvertretung und den Ausschüssen, welche die Belange von ausländischen Einwohner*innen beraten. Der Integrationsbeirat besteht aus 6 ausländischen Einwohner*innen sowie 2 Mitgliedern der Stadtvertretung. Die Wahl erfolgt über eine öffentliche

Wahlversammlung, in der sich potentielle Kandidaten vorstellen und anschließend die Wahl durchgeführt wird. Die Wahlperiode des Integrationsbeirates entspricht der Wahlzeit der Stadtvertretung. Aus den Reihen des Integrationsbeirates wird ein Sprecher gewählt

In der Diskussion wurde diese Form eines Integrationsbeirates problematisch bewertet, da sich zum einen die Heterogenität der betreffenden Gruppe der ausländischen Einwohner*innen mit ihren durchaus unterschiedlichen Interessen in solch einem Gremium und über einen Sprecher kaum abbilden lässt. Der ehemalige Ausländerbeirat ist auch aus diesem Grunde in der Vergangenheit zum Erliegen gekommen. Zudem wurde die Wahlzeit als deutlich zu lang angesehen, da davon auszugehen ist, dass viele Flüchtlinge, die sich dort ggf. engagieren, sich nach Erhalt eines Bleiberechts räumlichen umorientieren werden. Ebenso die Frage von zügiger Nachbesetzung scheint in diesem Sinne nicht flexibel genug, um auf eine höhere Fluktuation reagieren zu können.

Migrations- und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg

Der Migrations- und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg ist in seiner Aufgabenstellung sowie seinen Rechten ähnlich ausgestattet, wie der Integrationsbeirat der Stadt Mölln. Es ist ebenfalls ein auf sechs Jahre gewähltes Gremium der Stadt. Es weist aber einige Besonderheiten auf hinsichtlich der Wahl, der Geschäftsführung und auch der Anbindung an die städtische Verwaltung auf. So wird bei der Wahl darauf geachtet, dass es zu einer möglichst repräsentativen Abbildung der Staatsangehörigkeiten im Beirat kommt. In einem öffentlichen Aufruf wird für Wahlvorschläge aus den einzelnen Staatsangehörigkeitsgruppen geworben und dabei nach einem Schlüssel aus dem Meldewesen definiert, wieviel Mitglieder pro Gruppe entsprechend der gemeldeten Anzahl der Einwohner aus dieser Gruppe in den Beirat gewählt werden können. Der Beirat hat als ausführendes Organ keinen Sprecher, sondern einen geschäftsführenden Ausschuss. Eine enge Verzahnung zwischen der Verwaltung und dem Beirat ist in der Satzung explizit in Form einer frühen Beteiligung festgeschrieben. Der Beirat verfügt zudem über eigene Haushaltsmittel.

In der Diskussion wurde auch hier die Länge der Wahlzeit, die sich auf einen Zeitraum von 6 Jahren, kritisch gesehen. Die Einrichtung eines geschäftsführenden Ausschusses sowie die Bereitstellung eigener Haushaltsmittel wurden im Vergleich zu den Verhältnissen in Ratzeburg als zu weitgehend wahrgenommen. Positiv wurde die Wahl in Bezug auf die Staatsangehörigkeitsgruppen gesehen, da sich auf diese Weise unterschiedliche Interessenslagen besser in einem solchen Gremium abbilden lassen. Auch die explizite Verzahnung zur Verwaltung wurde positiv gesehen.

Migrationsbeirat der Stadt Karlsruhe

Der Migrationsbeirat der Stadt Karlsruhe geht einen anderen Weg, als die oben beschriebenen Integrationsbeiräte. Dort wird kein festes städtisches Gremium gewählt, sondern lediglich die „Mitwirkung sachkundiger Einwohner*innen“ in den Ausschüssen des Gemeinderates festgelegt. Als „sachkundige Einwohner*innen“ gelten Personen, die in ihrer Gruppe eine herausragende Stellung einnehmen, dort Vertrauen genießen und in Alltagsfragen angesprochen werden und Gehör finden. Sie sollen sich aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit oder ihres ehrenamtlichen Engagements dafür qualifizieren.

Das Wahlverfahren ist so gestaltet, dass die einzelnen Volksgruppen in der Stadt aufgerufen werden, jeweils zwei Wahlvorschläge zu benennen und beim Bürgermeister abzugeben. In einer öffentlichen Delegiertenversammlung wird daraus eine Wahlliste von 10 Personen samt Vertreter*innen erstellt, die als „sachkundige Einwohner*innen“ benannt werden sollen. Dabei sind bestimmte Wahlkategorien zu berücksichtigen, wie die möglichst breite Repräsentation aller Volksgruppen, das Geschlecht, das Alter, der Beruf oder die soziale Stellung.

Die Wahlliste wird anschließend vom Gemeinderat bestätigt. Die „sachkundigen Einwohner*innen“ werden zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten auf Anfrage des Gemeinderates hinzugezogen.

In der Diskussion wurde diese Form der Partizipation als sehr schlank, praktikabel und flexibel bewertet. Als sehr hilfreich gerade auch in Fragen von Integration wurde die Form der Vermittlung über Einzelpersonen mit einer prädestinierten Stellung in ihrer Volksgruppe gesehen. Als Vertrauenspersonen können sie Interessenslagen aus den einzelnen Volksgruppen kommunizieren, aber auch städtischen Vorhaben und Entscheidungen in die einzelnen Volksgruppen vermitteln.

Ergebnis

Im Verlauf der Diskussion wurde die Verwaltung gebeten, einen Vorschlag für einen Migrationsbeirat auf Basis des Modells aus Karlsruhe zu entwickeln. Dieser sollte ergänzt werden, um ein regelmäßig und verbindlich tagendes Forum, welches sich aus den „sachkundigen Einwohner*innen“ und Vertreter*innen der Kommunalpolitik und der Verwaltung zusammensetzt. Ebenso sollen dort Fortbildungen für „sachkundigen Einwohner*innen“ festgelegt werden, um mit den demokratischen Strukturen von kommunaler Selbstverwaltung vertraut werden zu können.

b) Eigenverantwortung

Im weiteren Diskussionsverlauf wurde auch über die Möglichkeiten diskutiert, in der gemeinsamen Integrationsarbeit auch auf die Eigenverantwortung von Flüchtlingen und deren aktive Mithilfe zu setzen. Hierzu wurde festgehalten, dass eine Beteiligung von Flüchtlingen an dieser Arbeit zum Beispiel über die Möglichkeiten des „Bundesfreiwilligendienstes mit Flüchtlingsbezug“, für die sich die Stadt qualifiziert hat, möglich ist und dieser Weg konkret verfolgt werden soll. Weiterhin sollen Angebote der Fortbildung entwickelt, nachgefragt oder genutzt werden, in denen Geflüchtete mehr Kompetenzen erwerben können, um selbst als Helfer*innen tätig sein zu können.

2. Ergebnisse aus Umfrage zu den Lebensperspektiven von Flüchtlingen

Parallel zu den Arbeiten an den verschiedenen Thementischen wurde im April 2016 eine nicht repräsentative Umfrage unter den Flüchtlingen in den Sprachkursen der Volkshochschule gestartet, um insbesondere einen Eindruck von ihren Lebensperspektiven und Hoffnungen, ihren aktuellen Bedarfen, ihren beruflichen Qualifikationen und Wünschen und auch zu ihrem Freizeitverhalten zu bekommen. Die Umfrage wurde mehrsprachig übersetzt, in Arabisch, Farsi, Russisch und Englisch. Sie bestand aus Auswahlantworten, aber auch aus eigenen Wortbeiträgen, die mithilfe von Sprachmittlern anschließend ausgewertet wurden. Es beteiligten sich 55 Personen an der Umfrage, aus dem Irak, dem Iran, Syrien, Eritrea, Armenien und Afghanistan. Die Fragebögen wurden nur teilweise komplett ausgefüllt.

Die Ergebnisse der Auswertung wurden zunächst nach Sprachgruppen erfasst und anschließend in eine Gesamtdarstellung überführt. Die prozentuale Bewertung im Auswahlfragebereich ergibt sich aus dem Bezug zu den ausgewerteten Fragebögen und ermöglicht einen Vergleich zwischen den angebotenen Schlagworten und entsprechend eine Gewichtung der Bedeutung von Themen.

LEBEN**Was ist für Sie in der jetzigen Situation am wichtigsten?**

Arbeit	Sprache	Asyl	Familie	Studium	Wohnung	Freunde
39	49	44	15	21	21	33
71%	89%	80%	27%	38%	38%	60%

weitere Nennungen:

Unterstützung	Eigenstg.	Sicherheit	Würde	Angst*		
1	1	3	1	1		
2%	2%	5%	2%	2%	0%	0%

Können Sie sich vorstellen, in Ratzeburg zu leben?

ja	nein	ich weiß nicht
39	4	10
71%	7%	18%

Wo möchten Sie lieber leben?**Nennungen:**

Hamburg	Lübeck	Kiel	Düsseldorf	Arbeit*	Verkehr*	Deutschland
1	1	1	1	1	1	1
2%	2%	2%	2%	2%	2%	2%

Mölln						
2						
4%	0%	0%	0%	0%	0%	0%

Was vermissen Sie in Deutschland besonders:**Nennungen:**

Familie	Freunde	soz. Leben	Arbeit	Studium	Schulab.	Deutsch ler.
16	6	4	5	1	2	12
29%	11%	7%	9%	2%	4%	22%

ges. Teilhabe	Wohnung	Führerschein	Sport	Heimat		zufrieden
1	7	3	3	1		3
2%	13%	5%	5%	2%	0%	5%

PERSPEKTIVE

Welchen Beruf über Sie aus?

Nennungen:

Verkäufer	Friseur	Bäcker	Kellner	Autobauer	Schneider	Apotheker	Maurer
3	2	1	1	1	2	1	2
5%	4%	2%	2%	2%	4%	2%	4%

Kfz-Mech.	Mechaniker	Koch	Import/Ex.	Trockenbau	Elektriker	Diplomat	Flughafen
3	4	2	1	1	2	1	1
5%	7%	4%	2%	2%	4%	2%	2%

Maler	Lehrer	Callcenter	Schweißer	Fahrer	Drucker	Architekt	alles
1	4	1	2	1	1	1	3
2%	7%	2%	4%	2%	2%	2%	5%

Student	Azubi	nichts*	soz.päd. As.	Telekom	Dolmetscher	Krankensch.	Winzer
3	1	1	2	1	1	1	1
5%	2%	2%	4%	2%	2%	2%	2%

Sicherheitsd.	Hotel	Restaurant	Reinigung				
1	2	3	1				
2%	4%	5%	2%	0%	0%	0%	0%

Wie soll Ihr Leben in drei Jahren aussehen?

Nennungen:

bess. Leben*	eigenst. Leb.*	Beruf	Studium	Ausbild.	Teil d. Ges.*	Sprache	gl. Rechte
18	11	13	5	1	8	13	4
33%	20%	24%	9%	2%	15%	24%	7%

Bleiberecht	Familienz.	Familienp.	Wohnung	Führersch.	Gesundheit		
9	9	9	5	1	1		
16%	16%	16%	9%	2%	2%	0%	0%

Was wünschen Sie für Ihre Kinder?

Nennungen:

bess. Leben*	Ausbildung	Studium	Beruf	Teil d. Ges.	Sprache	Sicherheit*	Heimat*
18	2	10	9	5	3	7	2
33%	4%	18%	16%	9%	5%	13%	4%

Ist es Ihnen wichtig, einen Ort zu haben, wo sie beten können?

sehr wichtig	wichtig	nicht wichtig
15	7	18
27%	13%	33%

Wäre es Ihnen wichtig, Ihre Belange gegenüber Entscheidungsträgern in Ratzeburg selbst vertreten zu können und dort gehört zu werden?

sehr wichtig	wichtig	nicht wichtig
15	21	9
27%	38%	16%

Können Sie sich vorstellen, anderen Flüchtlingen in Ratzeburg zu helfen?

ja	nein	ich weiß nicht
37		5
67%	0%	9%

FREIZEIT

Wie möchten Sie Ihre Freizeit verbringen?

Nennungen:

Freunde	Familie	soz. Leben	Sport	Bildung	Kultur*	Helfen
9	6	2	15	13	10	6
16%	11%	4%	27%	24%	18%	11%

Lesen	Spazieren*	Fernsehen	Kochen	Schach	Shopping	Urlaub
5	3	3	2	1	1	1
9%	5%	5%	4%	2%	2%	2%

Wie haben Sie Ihre Freizeit in Ihrem Heimatland verbracht?

Nennungen:

Freunde	Familie	soz. Leben	Sport	Bildung	Kultur*	Helfen
17	16		8	3	1	1
31%	29%	0%	15%	5%	2%	2%

Lesen	Spazieren*	Fernsehen	Kochen	Shopping	Angeln	Schafhirte
4	2	2		1	1	1
7%	4%	4%	0%	2%	2%	2%

Sind sie an Sport interessiert?

ja	nein
45	8
82%	15%

Nennungen:

Fußball	Volleyball	Basketball	Schwimmen	Tennis	Kampfsp.*	Fitness
16	3	1	4	2	8	1
29%	5%	2%	7%	4%	15%	2%

Cricket	Badminton	Leichtat.				
2	1	1				
4%	2%	2%	0%	0%	0%	0%

Die inhaltliche Bewertung dieser Ergebnisse sollte in die nachfolgenden Beratungen für die Ausgestaltungen möglicher Angebote einfließen. Auf einige interessante Aspekte sei jedoch hingewiesen.

Da ist zunächst einmal die durchaus hohe Bereitschaft zur Integration. Spracherwerb, Arbeit, Eigenständigkeit, aber auch gesellschaftlicher Anschluss wird überdurchschnittlich hoch bewertet, sowohl als aktueller Bedarf, als auch perspektivisch. Zudem wird auch der Aspekt von persönlicher Sicherheit hervorgehoben, einmal im Wunsch nach Frieden für die Kinder, aber auch in Bezug auf das persönliche Bleiberecht.

Interessant ist zudem, dass eine deutliche Mehrheit sich vorstellen kann, in Ratzeburg einen Lebensmittelpunkt zu entwickeln.

Der Wille zur Mithilfe an der Flüchtlingsarbeit ist ebenfalls sehr hoch, mithin ein wichtiges Potential für weitere Projektplanungen, das erschlossen werden kann.

Beachtenswert ist auch, dass der Wunsch, nach einem eigenen Gebetsort nicht so stark ausgeprägt ist, wie der Wunsch, an Entscheidungsprozessen partizipieren zu können. Dies ist gerade im Lichte der populistisch aufgeladenen Debatte zum Islam ein spannendes, wenn auch nicht repräsentatives Detail.

Die Freizeitgestaltung ähnelt zudem auffällig der Freizeitgestaltung der Aufnahmegesellschaft und bietet so gute Ansatzpunkte für Integration.

3. Konkrete Schritte zur kommunalen Integrationsstrategie

3.1 Vom Willkommen... ..zur Integration

Parallel zur Entwicklung einer kommunalen Integrationsstrategie laufen bereits zahlreiche Aktivitäten, die vom Willkommen zur Integration weisen...

- **Februar 2016 – Arbeitgeberinformation im Ratssaal**
 - in der Folge Ausbau des Netzwerkes „Arbeit & Praktikum“
- **Februar 2016 – Einrichtung einer Kinderbetreuung bei der VHS**
 - mit Unterstützung von Spenden
- **März 2016 – Antrag beim Bundesprogramm „Demokratie leben“**
 - Einrichtung einer „Partnerschaft für Demokratie“ für Ratzeburg und das Amt Lauenburgische Seen mit Schwerpunkt auf „Demokratie und Flüchtlingsprojekte“ (Fördersumme: bis zu 55.000 € jährl.)
- **Mai 2016 – Beantragung einer Stelle des BUFDI mit Fluchtbezug**
 - Ausschreibung , Bewerbungsverfahren, Besetzung
- **Mai 2016 – 1. WIPO-Kurs an der VHS-Ratzeburg**
- **Mai 2016 – Entwurf einer Satzung für einen Migrationsbeirat**
- **Juni 2016 – Einrichtung von Praktikumsplätze in städt. Betrieben**
 - Vorstellung, Ausschreibung und Besetzung
- **Juni 2016 – Vorbereitung einer Kampagne „Gemeinnützigkeit“**
 - städtisches Anschreiben an Vereine und Institutionen in Vorbereitung
- **Juni 2016 – Beratung im ASJS am 30.06.2016**
 - Einrichtung eines Migrationsbeirates, kommunale Integrationsstrategie
- **Juli 2016 – anstehende Sprachprüfungen in der VHS**
 - A1 und A2/B1-Zertifikate werden erworben

3.2 Projektentwicklung

Zur Fortschreibung der kommunalen Integrationsstrategie ist ein Prozess der Projektentwicklung gestartet worden, zu dem in einer ersten Runde Vertreter*innen der Stadtverwaltung, der Stadtpolitik, der Willkommenskultur, der Bürgerstiftung, der Volkshochschule, der Familienbildungsstätte, der Arbeitsagentur, der Koordinierungsstelle des Kreises sowie Flüchtlingsvertreter zusammengekommen sind. Ausgehend von den Bedarfsanalysen und Erhebungen wurden dabei konkrete Projektideen zusammengetragen, die in den einzelnen Themenbereichen sinnvolle Angebote sein können, um Flüchtlinge bei den kommenden Integrationsschritten nachhaltig zu unterstützen. Dabei wurde wiederum auf eine enge Verzahnung von haupt-

und ehrenamtlichen Engagement geachtet, im Sinne einer notwendigen und fruchtbaren Ergänzung. Gerade im Bereich des ehrenamtlichen Engagements geht dies mit einer Transformation des Aufgabenspektrums einher.

a) Begegnungsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe

Als maßgeblichen Entwicklungsschritt in der nachhaltigen Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten und gesellschaftlicher Teilhabe wurde die Ausweitung von Angeboten durch die Einbeziehung weiterer Anbieter (Vereine, Institutionen) als vordringlich gesehen. Als gute Beispiele sind hier die Öffnung verschiedener Sparten des Ratzeburger Sportvereins, die neue Schwimmangebote der DLRG sowie das ebenfalls neue Angebot eines Internationalen Frauencafés in den Räumen der Evangelischen Familienbildungsstätte zu nennen, die die bestehenden Angebote der Willkommenskultur sowie des Migrationssozialdienstes und Jugendmigrationsdienstes des Diakonischen Werkes in den Ratzeburger Jugendeinrichtungen sinnvoll ergänzen.

Als weitere Projektideen wurde zudem die Gründung eines internationalen Chores angesehen, die Etablierung einer oder mehrerer interkulturellen Gesprächsrunde (vorzugsweise geschlechterspezifisch) zu den Themen Werte, Normen und Konventionen (ggf. im Gefüge der VHS-Ratzeburg) oder die Einrichtung eines „Repair-Cafés“ oder „Repair-Börse“ in Form gelebter Nachbarschaftshilfe (handwerklich versierte Flüchtlinge bieten ihre Hilfe bei Kleinreparaturen an und zeigen so auch ihr Können).

Als wichtige Maßnahme wird auch die Ausweitung von gemeinnütziger Tätigkeit für Flüchtlinge bewertet. Hier soll seitens der Stadtverwaltung eine Informationskampagne angestoßen werden, um gemeinnützige Vereine und Organisationen auf diese Form der Unterstützung aufmerksam zu machen, die gleichzeitig Zugänge zu gesellschaftlichen Leben in der Stadt schaffen kann.

Ebenso wichtig wird die kontinuierliche Presse- und Öffentlichkeit zu diesem Themenfeld bewertet. Über die Darstellung positiver Beispiele von Begegnung und Integration in bestehenden Strukturen sollen weitere Vereine und Organisationen motiviert werden, selbst Angebote zu schaffen.

b) Eingliederung in das Bildungssystem

Im Bereich der Erwachsenenbildung wird seitens der Volkshochschule weiterhin ein hoher Bedarf bei der Sprachvermittlung festgestellt, insbesondere im Bereich der Alphabetisierung, aber auch bei der Vertiefung von Lernerfolgen und dem Erwerb weitergehender Sprachzertifikate über das Sprachniveau B1 hinaus. Die Entwicklung weiterer Sprachangebote in

Absprache mit Jobcenter und Arbeitsagentur sind aus Sicht der Volkshochschule geboten. Angesichts der zunehmenden beruflichen Integration von Flüchtlingen könnten hier auch Abendkurse eine größere Bedeutung bekommen

Als neues Feld der pädagogischen Unterstützung rückt zu dem die klassische Nachhilfe in den Blickpunkt, insbesondere für die zunehmende Zahl von Flüchtlingen, die es schaffen, einen Ausbildungsplatz zu erhalten und damit im dualen Ausbildungssystem auch verpflichtend am Berufsschulunterricht teilnehmen müssen. Hier ist der Hinweis wichtig, dass seitens des Jobcenters ausbildungsbegleitende Hilfen bewilligt werden können. Hier bietet sich aber auch die Möglichkeit an, eine ehrenamtliche Unterstützung in Form von Nachhilfegruppen zu organisieren.

Zusätzlich sei auf das oben bereits angesprochene Angebot der Etablierung einer oder mehreren interkulturellen Gesprächsrunde (vorzugsweise geschlechterspezifisch) zu den Themen Werte, Normen und Konventionen verweisen, die parallel und analog zum aktuellen laufenden VHS-Kurs „Deutsche Geschichte und das politische System der Bundesrepublik“ organisiert werden könnten.

Im Bereich der schulischen Bildung, derzeit vor allem noch in den DaZ-Klassen wird mit dem/der Vertreter*in diskutiert, ob im analog zu einem Modellprojekt im Burgenlandkreis (Sachsen-Anhalt) zum Ende des einjährigen Unterrichts nicht eine Schulartenempfehlung mit dem Schulamt getroffen werden sollte, um Flüchtlingskindern von Beginn an entsprechend ihren Fähigkeiten fördern zu können. Der/die Vertreter*in Kreis sagen hier eine Prüfung zu.

Ebenso wird diskutiert, wie auch im Bereich der frühkindlichen Bildung die Kindergärten auf die Zunahme von Flüchtlingskindern sinnvoll vorbereitet werden können, unter anderem mit Fortbildungsangeboten zu interkultureller Kompetenz. Der/die Vertreter*in Kreis sagen hier eine Prüfung zu.

Die Bürgerstiftung stellt in diesem Zusammenhang das Projekt der Leselernhilfe „Mentor“ vor, das mit ca. 80 ehrenamtlichen Helfern derzeit in direkter Betreuung Kinder der Ratzeburger Schulen unterstützt. Hier ist eine Ausweitung denkbar, um gerade auch Flüchtlingskindern zu helfen. Eine gemeinsame Informationskampagne, um weitere ehrenamtliche Helfer*innen zu finden, wird seitens der Stadtverwaltung angeboten.

c) Eingliederung in Arbeit

Mit der Zunahme der Anerkennung von Asylanträgen gelangen immer mehr Flüchtlinge in die Zuständigkeit des Jobcenters und damit auch in die

Reichweite von beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen. Ebenso engagiert sich aber auch die Arbeitsagentur deutlich verstärkt für Flüchtlinge, die noch im Asylverfahren stehen. Hierbei ist eine enge Abstimmung von Sprachbildungseinrichtungen und ehrenamtlicher Unterstützung bei der Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche unabdingbar und sollte regelmäßig in gemeinsamen Gesprächsrunden erfolgen. Zusätzliche Hilfsangebote wie die Lotsen der Handwerkskammer und auch der IHK sollten hierbei eingebunden werden.

Wichtig erscheint auch, die Information von Arbeitgebern zu intensivieren, wie eine Praktikums-, Ausbildungs- oder Arbeitsaufnahme von Flüchtlingen erfolgen kann und wo es dafür Unterstützung gibt. Eine Einbeziehung von Wirtschaftsvereinigungen ist hierbei wichtig.

Ebenso wichtig können hier kombinierte Sprachangebote sein, die den Spracherwerb mit Praktikumserfahrungen koppelt, zum Beispiel in Form der ESF-BAMF-Sprachkurse.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die konkrete, positive Fallbeispiele zum Beispiel von ersten Ausbildungserfolgen beschreibt, sind dazu eine wichtige Ergänzung.

Diskutiert wurde zudem, inwieweit die Förderung von Selbständigkeit auch eine Option sein könnte, da viele der Flüchtlinge in ihrem Heimatland selbständig tätig waren. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Hürden für Selbständigkeit in Deutschland ungleich höher sind.

Eine weitere Idee ist die Schaffung eines kommunalen Handwerksprojektes, zum Beispiel ein Bauprojekt, in dem unter Anleitung handwerkliche Kompetenzen erlernt oder soweit bestehend vertieft werden könnten. Hier gibt es Vorbilder in Hamburg.

d) Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement

Ehrenamtliches Engagement bleibt unverzichtbar, wenn es um den Erfolg von Integration bei Flüchtlingen geht. Gerade die zwischenmenschliche Komponente, die hierbei zum Tragen kommt, ist eine unschätzbare Ressource und unterstützt hauptamtliche Angebote. Wichtig ist dabei jedoch, dass die Fortbildungsangebote für ehrenamtlich Tätige den sich wandelnden Bedarfen und Aufgabenstellungen themenorientiert angepasst und weiter auf hohem Niveau angeboten werden. Dabei geht es nicht nur um Wissenserwerb und die Erarbeitung von Kompetenzen in der Arbeit mit Flüchtlingen, sondern immer auch um den Austausch mit Gleichgesinnten und die damit einhergehende Stärkung der eigenen Motivation sowie die Vermittlung von Wertschätzung.

Wichtig ist hier auch, neue Aufgabenfelder zu beschreiben und anzubieten, insbesondere wenn andere Aufgabenfelder im Zuge von Integrationserfolgen zurückgeführt werden können. Ziel sollte es hier sein, dass mit wegfallenden Aufgabenfeldern möglichst wenig ehrenamtliches Engagement wegfällt.

e) Ausblick

Die Entwicklung von konkreten Projektideen soll in der Folge mit weiteren hauptamtlichen Akteuren diskutiert und so ergänzt werden.

3.3 Politische Prozessbegleitung

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Sport hat sich im Juni erstmalig mit den Themen „Kommunale Integrationsstrategie“ und „Migrationsbeirat“ (s. Themenfeld Partizipation & Eigenverantwortung) befasst. Für die Einrichtung eines Migrationsbeirates ist seitens der Verwaltung ein entsprechender Satzungsentwurf zu erarbeiten, über dem im Herbst weiter beraten werden soll.

Seitens der oben genannten Arbeitsrunde ist hierzu noch der Hinweis gekommen, dass parallel zur Einführung eines Migrationsbeirates auch die Fortbildung von Mitgliedern dieses Beirates verbindlich festgeschrieben werden sollte, gilt es doch, mit den demokratischen Strukturen der kommunalen Selbstverwaltung vertraut zu werden.

3.4 Finanzierung der Projektideen

Parallel zum laufenden Prozess muss abgewartet werden, ob die Stadt Ratzeburg und das Amt Lauenburgische Seen erfolgreich die Antragsphase des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ durchlaufen, aus dem sich entsprechende Projektideen finanzieren lassen könnten. Entsprechend dieses Ergebnisses muss die Finanzierbarkeit der verschiedenen Projektangebote konkret bewertet werden. Sollte das Antragsverfahren erfolgreich sein, werden die Ergebnisse dieses Prozesses und die entwickelten Projektideen in eine entsprechende Agenda einfließen, die im Rahmen dieses Förderprogramms in einem Beteiligungsverfahren zu entwickeln ist.